

10/1994

Generalsekretär Peter Hintze:

SPD-Wahlprogramm schröpft die Bürger

Zu dem am 18. März vorgestellten
Wahlprogramm der SPD erklärte Gene-
ralsekretär Peter Hintze:

Rudolf Scharping hat heute ein Programm vorge- stellt, das in Wahrheit ein großes politisches Tä-uschungsmanöver ist. Im entscheidenden Finanzbe- reich gibt es nur dürftige Aussagen, die sozialdemo- kراتischen Steuer- und Abgabenerhöhungspläne bleiben im Dunkeln. In der Frage der Arbeitsplätze überschlägt sich die SPD mit Versprechungen, die sie niemals einlösen kann.

Was die für heute versprochene Konkretisierung des SPD-Programms angeht: Nach dem monatelangen Aufwand, den vielen Konferenzen und öffentlichen Spektakeln war ein programmatisches Feuerwerk angekündigt. Herausgekommen ist ein Knallfrosch.

Das Programm enthält keine klaren Fakten, keine konkreten Aussagen, mit denen man sich auseinan- dersetzen könnte. Statt dessen nur laue Formelkom- promise, wachsweiße Formulierungen, nebulöse Andeutungen — ein Programm wie Eierschaum.

Beispiel Steuererhöhungen:

● Zur Finanzierung der SPD-Strohfeuerprogramme soll eine 10prozentige Ergänzungsabgabe eingeführt werden, die bereits den qualifizierten Facharbeiter mit voller Wucht trifft. Im krassen Widerspruch zu
(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Schleswig-Holstein**
Generalsekretär Peter Hintze zu den Kommunalwahlen: Un- befriedigendes Ergebnis bei Verkürzung des Abstands zur SPD. Seite 5
- **Innere Sicherheit**
Brief-, Post- und Fernmeldege- heimnis: Worum es bei der G10-Änderung geht. Seite 11
- **Verteidigung**
Weißbuch 1994: Bilanz und wichtige Kursbestimmung für die Bundeswehr der Zukunft. Seite 26
- **Ideenbörse**
Mailboxen: Geschwindigkeit ist mit PLENUM keine Hexerei mehr. Seite 30
- **Dokumentation**
Familie — ein Beruf nur für Frauen? Rita Süßmuth zum „Jahr der Familie“. Grüner Teil

UID EXTRA

**Steuern, Steuern und noch-
mals Steuern. Was das
Wahlprogramm der SPD
verspricht. Seite 13—24**

Pressestimmen

Eine große Schlappe

Wie konnte Scharping so dämlich sein, halb Deutschland zu Besserverdienenden zu erklären? Sein Rückzieher beim Steuerprogramm markiert seine erste große Schlappe. Wer Bundeskanzler werden will, kann sich solche Knie-schüsse nicht öfter leisten.

SAT 1

Kräftig verrechnet

Auf 30 Seiten hat die SPD aufgeschrieben, wie sie die Republik regieren will, falls der Wähler ihr am 16. Oktober die Mehrheit gibt. Kein Thema wurde ausgelassen, keine Klientel vergessen. Und doch interessiert das Publikum vor allem eines: Wie teuer wird ein Kreuz für die Sozialdemokraten?

Parteichef Scharping mag ein Rechenkünstler sein. Damit hat er bei den Solidarpakt-Verhandlungen schon den Kanzler beeindruckt. Doch wenn er jetzt einerseits der Regierung „Bilanzfälschung“ vorwirft und einen Kassensturz ankündigt, andererseits verspricht,

weder die Staatsquote noch die Netto-neuverschuldung über den Stand zu erhöhen, der 1995 durch den Solidaritätszuschlag und die Pflegeversicherung erreicht wird, scheint er sich kräftig zu verrechnen.

Die Welt

Strich durch die Rechnung

Scharping macht sich selbst einen Strich durch die Rechnung, wenn er den von Kohl zum 1. Januar 1995 durchgesetzten 7,5prozentigen Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommensteuer aller durch eine zehnpromtente Ergänzungsabgabe für Besserverdienende ersetzen will.

Zwar schießt Herausforderer Scharping auf die Zustimmung der kleinen Verdienner, aber er übersieht, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen mehr als 50.000 brutto im Jahr nach Hause trägt. Und diese werden sich für diese „Umschichtung“ bei der SPD alles andere als erkenntlich zeigen.

Kölnische Rundschau

(Fortsetzung von Seite 1)

dieser Absicht steht das SPD-Versprechen, die Steuerbelastung insgesamt zu senken. Würden die SPD-Pläne Wirklichkeit, so wären Hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährdet.

● Die SPD kündigt — ebenfalls völlig unkonkret — eine „ökologische Steuerreform“ an, verschweigt aber auch hier, wann sie kommen soll und wie sie aussehen wird. Das heißt nichts anderes, als daß eine drastische Mineralölsteuererhöhung zu Lasten aller Autofahrer die SPD-Pläne finanzieren soll. Opfer sind die Bezieher kleiner Einkommen, die sich

dann das Autofahren nicht mehr leisten können.

Beispiel Tempolimit:

● Die SPD spricht jetzt nur noch von einer „situationsbezogenen Begrenzung der Geschwindigkeiten“ auf Autobahnen. Was ist das anderes als ein allgemeines Tempolimit mit Tarnmantel?

Nur eines wird deutlich: Das Programm der SPD ist ein Steuererhöhungs- und Bürgerbelastungsprogramm. Der Staat soll aufgeblasen werden, und die Bürger sollen zahlen.

SPD will die Masse der Bevölkerung schröpfen

Frage: Sind die zehn Prozent Lastenausgleich, die die SPD plant, ein Mittel, um Belastungen gerechter zu verteilen?

Lau: Steuergerechtigkeit kann man nicht herstellen, indem man die Steuerlast insgesamt noch weiter in die Höhe treibt. Die Steuerzahler sind heute schon bis zum Kragenknopf belastet. Der Durchschnittsverdiener zahlt schon fast 50 Pfennig an Steuern und Sozialabgaben von jeder Mark, die er verdient.

Frage: Scharpings Plan würde bedeuten, daß ein lediger Arbeitnehmer mit einem Monatsverdienst ab 3.845 Mark bei 13 Gehältern schon diese Ergänzungsabgabe zahlen müßte. Ein Industrie-Arbeiter verdiente aber nach Durchschnittswerten von Oktober 93 durchschnittlich 4.006 Mark brutto im Monat. Damit zählt er aus SPD-Sicht bereits zu den Besserverdienenden . . .

Lau: Das ist das Infame an diesem Plan, daß so getan wird, als gebe es genügend Besserverdienende, die belastet werden

können. Wenn man das ausrechnet, ist es so, daß die Masse der Bevölkerung nach SPD-Vorstellungen zu den Besserverdienenden gehört, die durch die neuen Steuern zu schröpfen sind.

Frage: Erklärtes Ziel der SPD ist eine Umschichtung zugunsten von sozial Schwächeren. Sind die vorgeschlagenen Mittel dazu tauglich?

Lau: Die SPD hat ja ein Paket von Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören

Aus einem Interview der Kölnischen Rundschau mit Dieter Lau, einem der Vize-Präsidenten des Bundes der Steuerzahler

auch gewisse Entlastungen im unteren Einkommensbereich. Nur: Wenn diese Leute ihre eigenen Entlastungen finanzieren sollen, weil sie über die Ergänzungsabgabe eben auch getroffen werden, dann frage ich mich, was das Spiel soll.

„Wählen gehen!“

Unter dem Motto „Wählen gehen!“ wird im Mai 1994 an allen Post-schaltern eine Telefonkarte erhältlich sein.

Die Gesamtauflage beträgt 300.000 Stück. Die Aktion ist, wie der Euro-

paabgeordnete Karl-Heinz Florenz mitteilte, ein Beitrag der Vertretung der Europäischen Kommission zur gemeinsamen Europawahl-Kampagne des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

Die Kommunalwahl Schleswig-Holstein 1994 im Vergleich zu anderen Wahlen

	<u>Kommunalwahl Schleswig-Holstein 1994</u>		<u>Kommunalwahl Schleswig-Holstein 1990</u>		<u>Landtagswahl Schleswig-Holstein 1992</u>		<u>Bundestagswahl 1990</u>		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	2.095.536		2.057.850		2.091.342		2.085.858		
Wahlbeteiligung	1.475.985	70,4	1.428.294	69,4	1.500.410	71,7	1.639.537	78,6	
gültige Stimmen	1.448.101		1.410.209		1.487.909		1.624.676		
				(Differenz)				(Zweitstimmen)	
SPD	572.270	39,5	604.545	42,9	687.427	46,2	626.008	38,5	
CDU	542.722	37,5	583.060	41,3	503.510	33,8	705.983	43,5	
Grüne	148.901	10,3	84.157	6,0	74.014	4,9	65.054	4,0	
FDP	63.884	4,4	85.734	6,1	82.963	5,6	185.636	11,4	
WGR	55.783	3,9	16.701	1,2					
SSW	37.913	2,6	23.029	1,6	28.245	1,9			
STATT	11.961	0,8							
REP	7.191	0,5	12.120	0,9	18.225	1,2	18.823	1,2	
MITTE	4.105	0,3							
NPD	2.568	0,2	474	0,0			4.206	0,3	
Aufbruch94	474	0,0							
DKP	329	0,0	108	0,0					
Einzelbew	0				230	0,0			
Sonstige			281	0,0	DVU	93.295	6,3	18.966	1,1

Unbefriedigendes Ergebnis bei Verkürzung des Abstands zur SPD

Zum Ergebnis der Kommunalwahlen am 20. März in Schleswig-Holstein erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

1. Das Ergebnis der gestrigen Wahl beruht vor allem auf stark regionalen Einflüssen. In Schleswig-Holstein haben auf kommunaler Ebene insbesondere freie Wählervereinigungen eine lange Tradition. Ein Rückschluß auf das Wahlverhalten bei bundesweiten Wahlen kann nicht gezogen werden.

2. Die SPD, die landesweit ihre Ministerpräsidentin plakatiert hat, mußte im Vergleich zur Landtagswahl 1992 einen herben Einbruch verkraften. Die SPD in Schleswig-Holstein ist durch die Kieler Schubladenaffäre zudem in eine Glaubwürdigkeitslücke geraten. Bundespolitisch gesehen, hat Rudolf Scharping mit dem Steuerhammer im SPD-Wahlprogramm die Chancen seiner Partei erheblich demoliert.

3. Die CDU in Schleswig-Holstein konnte die Differenz zur SPD von 12,5 Prozent bei der letzten Landtagswahl 1992 auf jetzt 2,0 Punkte verkürzen.

Gleichwohl ist das Ergebnis für die CDU angesichts der eigenen Stimmenverluste im Vergleich zur letzten Kommunalwahl von 1990 unbefriedigend.

4. Das Ergebnis der Grünen zeigt, daß in den nächsten Wochen bundespolitisch noch stärker herauszuarbeiten ist, welche fatalen Folgen grüne Politik für Wirtschaft und Arbeitsplätze bedeuten würde. Die grünen Parteitagebeschlüsse im Blick auf Bündnis und Bundeswehr verletzen schon die Absurditätsgrenze.

5. Die Rechtsradikalen haben bei dieser Wahl, wo sie auftraten, erneut eine Abfuhr erhalten. Die Bürger erkennen, daß diese Kräfte die deutsche Politik politisch und moralisch ins Abseits führen.

6. Die hohe Wahlbeteiligung hat deutlich gemacht, daß die Bereitschaft zur Beteiligung an der Politik weiterhin hoch ist. Das Wort von der Politikverdrossenheit verliert an Kurswert.

7. Schwerpunkt der politischen Arbeit der CDU bleibt unser Programm für Wachstum und Beschäftigung. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist die beste Strategie für zukunftssichere Arbeitsplätze.

Die Abkürzungen bedeuten:

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
FDP	Freie Demokratische Partei
Grüne	Bündnis 90/Die Grünen
Mitte	DIE MITTE
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
REP	Die Republikaner
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
Statt	STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN
WGR	Wählergruppen und Einzelbewerber

CDU und Wirtschaft ziehen an einem Strang: Gemeinsam aus der Krise!

Die Fronten sind geklärt: CDU und Wirtschaft werden gemeinsam die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Die SPD bleibt die Steuererhöhungspartei.

Das Aktionsprogramm der CDU-geführten Bundesregierung zu Wachstum und Beschäftigung ist ein Schritt in die richtige Richtung — so die vier führenden Wirtschaftsverbände: Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelstag, Zentralverband des Deutschen Handwerks — bei einem Spitzengespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl.

Nur eine gesunde Wirtschaft sichert Arbeitsplätze. Die CDU setzt daher auf eine konsequente Wachstumspolitik: Schon ein Prozent Wirtschaftswachstum schafft 90.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Die CDU tritt für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handels ein. Nur mit einer Rückbesinnung auf die Fähigkeit und Bereitschaft zu Innovation wird die Industrie die Krise meistern. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung wurden von den Spitzenverbänden der Industrie ausdrücklich begrüßt:

- Von zentrale Bedeutung für die Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist die Entlastung der Unternehmen von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Gebühren. Wir haben bereits heute die niedrigste Unternehmensbesteuerung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist jedoch noch im internationalen Vergleich

zu hoch. Die CDU will deshalb die Unternehmensteuern noch weiter senken.

- In Deutschland eröffnen sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch den konsequenten Vorstoß in neue Technologien und industrielle Felder und durch zukunftssträchtige Dienstleistungen. Nur in einem forschungs- und technikfreundlichen Klima läßt sich der in Westdeutschland erworbene technologische Vorsprung halten und sogar ausbauen. Ein Technologierat soll die Bundesregierung unterstützen.

- Die Staatsquote wird wieder schrittweise auf das Niveau vor der Wiederver-

**Nur Wachstum schafft
Beschäftigung!**

einigung gesenkt. Durch eine konsequente Privatisierungspolitik schafft die CDU mehr Dynamik für neue Arbeitsplätze, denn Privatisierung sichert Wachstum und Wohlstand.

Die SPD dagegen ist und bleibt die Steuererhöhungspartei. Sie liegt ständig auf der Lauer nach neuen Belastungen für die Bürger. Scharping denkt in alten Pfaden sozialdemokratischer Umverteilung: Den Beziehern hoher Einkommen mehr abnehmen, um den finanziell Schwächeren etwas zu geben. Die Steuererhöhungspläne der SPD würden die deutsche Wirtschaft mit weit über 20 Milliarden DM jährlich belasten. Damit zieht die SPD der konjunkturellen Erholung in Deutschland den Boden unter den Füßen

weg: Die zarte Pflanze Konjunktur, eben erst erwacht, wird zertrampelt. Die Verantwortung für den Wegfall von Hunderttausenden Arbeitsplätzen würde die SPD dann ausschließlich und alleine zu verantworten haben.

Die Idee einer „Besserverdienenden-Steuer“ von Scharping wird außerdem den nachfragestarken Mittelstand schwächen und damit weitere Arbeitsplätze gefährden. Außerdem bleibt Scharping die Antwort schuldig, wer eigentlich besser verdienend ist: Der Handwerker? Die Krankenschwester? Der Facharbeiter? Die Kriminalkommissarin?

Mittlerweile teilen auch viele SPD-Politiker die abstruse Idee der Grünen, die Mineralölsteuer auf 5, — DM je Liter zu erhöhen. Jeder durchschnittliche PKW-Fahrer müßte dann 700, — DM mehr im Jahr bezahlen. Ein zutiefst asoziales politisches Manöver, denn schon sehr bald könnten sich nur noch wohlhabende Bürger das Autofahren leisten. Ein Schritt in die Zwei-Klassen-Gesellschaft.

Der Ausstiegsbeschluß der SPD aus der Kernenergie würde direkt hunderttausend hochqualifizierte Arbeitsplätze zer-

Wahlkampf-Argumente



stören. Ein Industriezweig, der weltweit führend ist, wäre dem Untergang preisgegeben. Außerdem würden sich bei einem Kernkraftausstieg die Stromkosten in Deutschland drastisch erhöhen. Mehrbelastungen von 12 bis 13 Milliarden DM im Jahr kämen auf die Industrie zu. Deutschland würde insgesamt in seiner Wettbewerbsfähigkeit weiter zurückfallen.

Die CDU wird diesen sozial kalten und konjunkturzerstörenden Weg nicht beschreiten. Wir wollen dauerhaft sichere Arbeitsplätze. Dies ist nur mit einer konsequenten Wachstumspolitik möglich. Nicht aber mit konjunktur- und leistungsfeindlichen Maßnahmen aus dem Gruselkabinett sozialdemokratischer Umverteilungspolitik.

Deutsche Wirtschaft stützt CDU/FDP-Koalition

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Hans-Peter Stihl, hat die Hoffnung der deutschen Wirtschaft auf eine Fortsetzung des liberal-konservativen Koalition von Union und Freien Demokraten bekräftigt.

Eine rot-grüne Regierung nach den Bundestagswahlen im Oktober sei „keine erstrebenswerte Alternative“. Auch eine sozial-liberale Koalition von SPD und FDP werde von der

Wirtschaft abgelehnt, weil der linke Flügel der SPD eine wirtschaftsfeindliche und arbeitsplatzgefährdende Politik verfolge.

Seine Skepsis gegen einen Regierungswechsel werde auch von den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Klaus Murmann, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker, sowie des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Heribert Späth, geteilt.

Gute Bilanz für die neuen Bundesländer

Wir Deutschen haben in den neuen Ländern vieles in Bewegung gesetzt, auch sichtbar: Motorisierung, Satellitenschüsseln, eine Vielzahl von Baustellen — all das prägt ganz erheblich die Lebensqualität in diesem Teil Deutschlands. Natürlich können gut 40 Monate nach der Deutschen Einheit nicht 40 Jahre Sozialismus aufgearbeitet sein. Wer die Probleme anpacken will, darf sie nicht verschweigen. Das gilt aber auch für die Erfolge.

Laut infas liegt die Kaufkraft in Ost-Berlin inzwischen höher als im Saarland. In den neuen Bundesländern haben wir trotz eines schwierigen Konjunktur-Umfeldes 1993 ein Wachstum von ca. 7 Prozent. In 1994 werden wir 6,5 Prozent oder mehr erreichen.

Diese Erfolge sind Leistungen der Bürger vor Ort, die viele Probleme mit großer innerer Kraft bewältigen, die mit viel Mut und Energie an die Arbeit gehen und jetzt sehen, daß sich ihre Leistung lohnt. Die Entscheidungen, die die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, tragen zunehmend Früchte.

Zentrale Maßnahmen zum Aufbau der neuen Länder sind:

- Massive Investitionsförderung.
- Aufbau und Ausbau der Infrastruktur, insbesondere bei Bahn, Post, Telekommunikation und Verkehr.
- Abbau von Investitionshemmnissen.
- Förderung von Forschung und Entwicklung.

- Privatisierung und Sanierung durch die Treuhandanstalt.
- Maßnahmen zur Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte.
- Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Die Bundesregierung hat mit ihren Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen bis Ende letzten Jahres in den neuen Bundesländern Unternehmensinvestitionen von über 200 Milliarden DM auf den Weg gebracht, die zunehmend produktionswirksam werden. Mehr als

Von Bundesminister Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes

die Hälfte aller Arbeitsplätze — 3,5 Millionen — konnten damit neu geschaffen oder gesichert werden. So lagen die Unternehmensinvestitionen ohne Wohnungsbau je Einwohner 1993 erstmals über dem Niveau in Westdeutschland (111 Prozent). Auch die öffentliche Investitionstätigkeit je Einwohner lag 1993 in den neuen Ländern mit 1.344 DM deutlich über dem westdeutschen Vergleichswert von 991 DM.

Sehr rasch hat die Politik der Bundesregierung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostdeutschlands dazu geführt, daß die öffentlichen und privaten Investitionen in den neuen Ländern sich dynamisch entfalten konnten. In Preisen von 1991 gerechnet wurden in den neuen Ländern 1991 87,2 Milliarden DM, in 1992

108,1 Milliarden DM und 1993 124,3 Milliarden DM investiert. Auf dieser Preisbasis ist für 1994 mit Investitionen von rd. 140 Milliarden DM zu rechnen.

Mit Abstand am größten sind die Fortschritte in der Bauwirtschaft, in der sogar die Beschäftigung deutlich aufgebaut werden konnte. Im Bauhauptgewerbe lag die Zahl der Beschäftigten im November 1993 bei 384.000 und übertraf damit das Niveau des entsprechenden Vorjahresmonates um 14 Prozent.

Auch andere Branchen expandieren. Dazu zählen insbesondere die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, der Stahl- und Leichtmetallbau, Teilbereiche der elektrotechnischen Industrie und die Herstellung von Kunststoffverfahren. Beachtliche Zuwachsraten zeigen außerdem das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe oder der Straßenfahrzeugbau.

Wir werden uns an den Gedanken gewöhnen, daß die neuen Länder „High-Tech“-Standorte sind. Das belegt die Entscheidung der Siemens AG, in Dresden ein „Hochleistungs- und Innovationszentrum für Mikroelektronik“ mit Investitionen von 2,7 Milliarden DM und ca. 1.200 Arbeitsplätzen zu errichten.

Die Bundesregierung hat für diese Entwicklung den Grundstein gelegt:

1. Die öffentlichen Finanztransfers in die neuen Länder sind gewaltig: 177 Milliarden in 1993 und 175 Milliarden in diesem Jahr. Trotz der Sonderbelastungen für den Aufbau der neuen Länder bewegt sich Deutschland — so die OECD — im Mittelfeld der Staatsschuldenquoten.

Zudem mindern sich diese Bruttotransferleistungen noch ganz erheblich um die Rückflüsse insbesondere aus Steuereinnahmen in den neuen Ländern. Es ist ein gutes Zeichen, daß sich die Steuereinnahmen aus den neuen Ländern in diesem

Wahlkampf-Argumente



Jahr im Vergleich zu 1993 um 3 Milliarden auf 42 Milliarden DM erhöhen.

2. Die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern ist für die wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Nahezu jede zweite Mark der investiven Ausgaben im Verkehrshaushalt wird für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Ländern ausgegeben. Im Rahmen der Privatisierung der Deutschen Bahnen zum 1. 1. 1994 wird die verstärkte Investitionstätigkeit fortgesetzt. Der Bund wird bis 2002 rd. 33 Milliarden DM zur Übernahme investiver Altlasten (Angleichung der technischen Standards und Beseitigung ökologischer Schäden) der ehemaligen Deutschen Reichsbahn bereitstellen.

Für den Bundesfernstraßenbau sind 1994 4,2 Milliarden DM vorgesehen. Das sind ca. 50 Prozent der insgesamt für den Bundesfernstraßenbau eingeplanten 8,7 Milliarden DM.

Der öffentliche Personennahverkehr und der kommunale Straßenbau in den neuen Ländern werden im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes in diesem Jahr wie in 1993 mit rd. 1,9 Milliarden DM gefördert.

3. Die Telekom hat seit der Wiedervereinigung rd. 2,2 Millionen neue Telefonanschlüsse eingerichtet, davon allein 1993 1 Million. Insgesamt stehen in den neuen Ländern jetzt über 4 Millionen Fernsprechanlüsse zur Verfügung. Bis Ende 1997 soll das gesamte Ost-Telefon-

netz auf Weststandard gebracht sein, d. h. ca. 95 Prozent aller Haushalte haben dann einen Telefonanschluß (gegenüber 11 Prozent in der ehemaligen DDR).

4. Bis Ende 1993 ist jede zweite Existenzgründung in den neuen Ländern durch öffentliche Mittel gefördert worden. Die Förderprogramme werden fortgeführt. Die Förderung von Existenzgründungen und privaten Investitionen im Rahmen des ERP-Programms hat seit 1990 insgesamt 213.500 Kreditzusagen über insgesamt 31,9 Milliarden DM erbracht und damit ein Investitionsvolumen von 86 Milliarden DM in Gang gesetzt.

5. Die Entwicklung mittelständischer Strukturen in den neuen Bundesländern ist gut vorangekommen. Dies ist vor allen Dingen arbeitsplatzwirksam. 3 Millionen Arbeitnehmer werden von 435.000 Selbständigen beschäftigt. Eine andere erfreuliche Entwicklung: Die Anzahl der gewerblichen Unternehmen in den neuen

Bundesländern entspricht einem guten Fünftel der in den alten Ländern ansässigen rd. 2,2 Millionen mittelständischen Unternehmen.

6. Mit Hilfe der Förderprogramme der Bundesregierung wurden bisher in über 30 Prozent der Wohnungen in den neuen Bundesländern Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt.

Aber auch der Wohnungsneubau kommt zunehmend in Fahrt. Im ersten Halbjahr 1992 wurden ca. 7.200 Neubauten genehmigt, im zweiten Halbjahr 1992 bereits 18.400 Wohneinheiten. Im ersten Halbjahr 1993 steigerten sich die Genehmigungen auf 27.500 Einheiten und im zweiten Halbjahr 1993 auf 47.500.

Die Politik der Bundesregierung greift. Die Bürger in den neuen Ländern nutzen die Chancen und Möglichkeiten, die ihnen eine erfolgsorientierte soziale Wirtschaftspolitik bietet. Die Leistungsbilanz der Bundesregierung belegt: Die neuen Bundesländer sind auf einem guten Weg.

Arbeitnehmerüberlassung auch am Bau zulassen

Zur Arbeitnehmerüberlassung in der Bauwirtschaft erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Die Arbeitnehmerüberlassung soll zukünftig wie in anderen Wirtschaftszweigen auch für Bauunternehmen zulässig sein. Das bisherige Verbot in § 12a Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) soll im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994 gestrichen werden.

Die Kritik der IG Bau-Steine-Erden an diesem Beschluß ist völlig überzo-

gen. Es geht nicht um einen „neuerlichen Tiefschlag gegen das Baugewerbe“ oder die „Kriminalisierung“ der Arbeitsbedingungen am Bau.

Es ist kaum zu erwarten und entspricht auch nicht der Interessenlage der Unternehmen, daß Verleihfirmen „wie Pilze aus der Erde schießen“ und die Beschäftigungsverhältnisse am Bau beherrschen. Im Vordergrund steht vielmehr die sogenannte „Kollagenhilfe“, um Schwankungen im Personalbedarf wegen unterschiedlicher Auftragslagen oder aus anderen Gründen unter den einzelnen Bauunternehmen ausgleichen zu können.

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Worum es bei der G10-Änderung geht

Vor dem Hintergrund zahlreicher mißverständlicher Meldungen über die Änderung des G 10 durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Erwin Marschewski:

Die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) ist vielen Bürgern unbekannt. Die Änderung eines Gesetzes, das die Nutzung des technischen Instrumentariums des Bundesnachrichtendienstes erweitert, ist dementsprechend schwer zu vermitteln.

Worum also geht es bei der Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (G 10) durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz?

Der BND arbeitet auf der Grundlage des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst (BNDG), nach dessen § 1 ihm die Aufgabe zukommt, zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, die erforderlichen Informationen zu sammeln. An dieser Aufgabenzuweisung ändert sich nichts.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben darf der BND bisher nur dann in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis eingreifen, wenn es um die Sammlung von Nachrichten über Sachverhalte geht, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesre-

publik Deutschland rechtzeitig zu erkennen, und wenn eine entsprechende Anordnung hierzu von den vom Deutschen Bundestag hierfür eingesetzten Gremien nach dem G 10 ergangen ist.

Zur Erfüllung der ihm nach dem BNDG zugewiesenen Aufgabe verfügt der Bundesnachrichtendienst über technische Einrichtungen, mit denen internationale, über Fernmeldesatelliten, Richtfunk oder Kurzwellen abgewickelte Fernmeldeverkehre erfaßt werden können.

Vermittels des zusätzlichen Einsatzes von EDV-, Wortbanken, die mit Suchbegriffen oder Kombinationen verschiedener Suchbegriffe („hit-words“) gespeist werden, ließen sich aus der großen Masse der erfaßten Fernmeldeverbindungen gezielt solche herausfiltern, denen die Sicherheitsbehörden die in ihren gesetzlich festgelegten Zuständigkeitsbereich fallenden Informationen entnehmen können. Überwacht nun der BND in Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrages zur Sammlung sicherheits- und außenpolitisch relevanter Informationen Auslandsfernmeldeverkehre, so läßt es sich technisch nicht ausschließen, daß auch Fernmeldeverkehr vom Ausland in das Inland miterfaßt wird.

Nach der derzeit geltenden Rechtslage aber müssen sämtliche technischen Aufzeichnungen, die Daten zu deutschen Fernsprechteilnehmern enthalten, vernichtet werden, selbst wenn damit Erkenntnisse über illegalen Technologie-

transfer, internationalen Rauschgifthandel mit Beziehung zur Bundesrepublik Deutschland, Geldwäsche u. ä. verloren gehen. Denn das G 10 enthält (noch) keine Norm, nach der diese Daten vom BND erhoben und den zuständigen Sicherheitsbehörden übermittelt werden dürfen.

Das aber ist nicht zu verantworten. Denn die Bundesrepublik ist als eines der Hauptexportländer des Welthandels in besonderem Maße gehalten, alle rechtsstaatlich verantwortbaren Maßnahmen zur Verhütung illegaler Ausführung von militärisch nutzbaren Gütern zu treffen.

Außerdem kann die Überwachung des internationalen Fernmeldeverkehrs — wie nicht zuletzt die Erfahrungen in anderen Ländern, z. B. den USA, zeigen — den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden entscheidende Hinweise zur Aufklärung und Abwehr der Gefahren geben, die durch den internationalen Drogenhandel, Geldwäscheaktivitäten, den Terrorismus sowie den Handel mit Kriegs- und Massenvernichtungswaffen für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland entstehen.

Deshalb sieht das Verbrechensbekämpfungsgesetz folgende erweiterten Eingriffsbefugnisse bei der Überwachung des Fernmeldeverkehrs vor:

- Mit Genehmigung der zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremien des Deutschen Bundestages (G10-Abgeordnetengremium: Festlegung der Zielgebiete u. ä.; G10-Kommission: Genehmigung der Einzelmaßnahme) darf der BND zukünftig internationale Fernmeldeverkehrsbeziehungen überwachen, um Erkenntnisse, außer bei Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland, auch zu folgenden Gefährdungen aufklären zu können.

- ▶ Begehung internationaler terroristischer Anschläge in der Bundesrepublik Deutschland,

- ▶ internationale Verbreitung von Kriegswaffen sowie unerlaubten Außenwirtschaftsverkehr mit Waren, Datenverarbeitungsprogrammen und Technologien, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind,

- ▶ unbefugte Verbringung von Betäubungsmitteln aus dem Ausland ins Gebiet der Bundesrepublik Deutschland,

- ▶ internationale Geldfälschung,

- ▶ internationale Geldwäsche im Zusammenhang mit illegalem Technologietransfer, Drogenhandel und internationaler Geldfälschung.

- Der BND wird zur Herausfilterung einzelner Fernmeldeverbindungen, auf denen Informationen zu Terrorismus, Drogenhandel, Waffenhandel, Geldwäsche u. ä. fließen, geeignete Suchbegriffe in seine EDV-Wortbanksysteme eingeben können. Die Festlegung der Suchbegriffe unterliegt ebenfalls der parlamentarischen Kontrolle und Genehmigung.

Der BND überprüft die durch die Fernmeldeüberwachung gewonnenen Daten, ob sie für die Sicherheitsbehörde relevante Erkenntnisse enthalten. Gegebenenfalls übermittelt es diese; anderenfalls vernichtet es diese.

Durch die genannten Maßnahmen wird Art 10 GG nicht verletzt. Denn: sie sollen aufgrund von Anordnungen nach dem sich im Rahmen von Art. 10 GG bewegenden G 10 ergehen. Ferner dürfen grundsätzlich nur Suchbegriffe verwendet werden, die keine Identifizierungsmerkmale (z. B. Telefonnummern, Namen) enthalten, die zu einer gezielten Erfassung bestimmter Fernmeldeanschlüsse im Inland führen.

Zur Sicherung des datenschutzrechtlichen Standards kann der Bundesbeauftragte für den Datenschutz frühzeitig beteiligt werden.

Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Das Leid der Opfer und ihren Beitrag zur Einheit würdigen

Zur Verabschiedung des Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes im Bundestag erklärte die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Bundesministerin Angela Merkel:

Wir dürfen nicht diejenigen vergessen, die unter dem SED-Regime gelitten haben. Der Deutsche Bundestag hat deshalb das Zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz beschlossen, das für die Opfer gravierender verwaltungsrechtlicher und betrieblicher Willkür eine Entschädigung vorsieht. Das Gesetz erfaßt die Fälle derjenigen Opfer, die Willkür in Form von Zwangsumsiedlung, beruflicher Benachteiligung und rechtsstaatswidriger Einweisung in eine psychiatrische Klinik erfahren haben.

Ich weiß, daß diese Entschädigungsleistung nur einen kleinen Teil des beträchtlichen Unrechts in Ansätzen wiedergutmachen kann. Die Entschädigung bewegt sich in dem Rahmen, den die Bewältigung der sonstigen erheblichen Schäden, die das SED-Regime hinterlassen hat, erlaubt.

Aber da begangenes Unrecht weder wirklich bereinigt noch im eigentlichen Sinne wiedergutmacht werden kann, sollte uns die Verabschiedung dieses Gesetzes zugleich ermahnen, darüber nachzudenken, wie wir das Leid der Opfer würdigen und ihren Beitrag zur friedlichen Vereinigung anerkennen können. In diesem Zusammenhang würde ich mir wünschen, daß die selbsternannten Vertreter ostdeutscher Interessen in der PDS nur ein

einziges Mal auch ein Wort des Bedauerns oder Verstehens für die Dimension des Unrechts, das die Opfer erlitten haben, übrig hätten.

Ebenso wichtig wie die finanzielle Entschädigung ist aus meiner Sicht die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, die eine persönliche Auseinandersetzung mit dem begangenen Unrecht, den Mechanismen, die dieses Unrecht möglich machten, und mit der eigenen Rolle in diesem System voraussetzt. Das ist ein mühevoller und sicher auch für manchen schmerzvoller Weg. Aber nur so gelingt eine Rehabilitation der Opfer nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch im Bewußtsein der Menschen.

Und nur so können wir sicherstellen, daß ihr Leid nicht vergessen wird. Die immer wieder aufflackernde Diskussion um eine Schließung der Stasi-Akten will ich genau aus diesem Grunde auch nicht zulassen. Es besteht sonst die Gefahr, daß die DDR-Geschichte ebenso verdrängt wird wie die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre.

Die Auseinandersetzung mit dem DDR-Unrecht ist ebenso für die Menschen im Westen von Bedeutung. Ich wünsche mir, daß man dort lernt, nicht vorschnell über vermeintliche Mitläufer den Stab zu brechen. Es ist leicht, aus der Position eines in einem demokratischen System Aufgewachsenen über die Verfehlungen und den scheinbar mangelnden Mut der anderen zu richten. Je mehr die Menschen im Westen über die Mechanismen der DDR lernen, desto eher wird das Verständnis füreinander wachsen. ■

Weißbuch 1994

Bilanz und wichtige Kursbestimmung für die Bundeswehr der Zukunft

Zur Kabinettsentscheidung, das Weißbuch 1994 „zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr“ zu veröffentlichen, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

1. Nun müssen es auch die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begreifen. Die veränderte sicherheitspolitische Landschaft bietet zweifellos Chancen, aber auch neue Risiken und Herausforderungen. Das Zeitalter des ewigen Friedens ist nicht angebrochen. Die Sicherheitslage ist komplexer und diffuser geworden. Streitkräfte sind heute vor allem Teil einer präventiven Diplomatie und außenpolitischen Strategie zur umfassenden Konfliktvorsorge und zum druckvollen Krisenmanagement.

2. Diesen Zusammenhang systematisch abgeleitet zu haben — darin liegt der Wert dieses Weißbuches, das zu Recht die neue sicherheits- und verteidigungspolitische Rolle und Verantwortung Deutschlands in den Mittelpunkt stellt. Andererseits war es aber ebenso wichtig, die bereits vollzogenen bzw. eingeleiteten Schritte in Richtung Bundeswehr der Zukunft — z. B. Reduzierung auf 370.000 Soldaten bis Ende 1994, Aufbau der Bundeswehr in den neuen Bundesländern und Integration der ehemaligen NVA-Soldaten, Erfolge bei neuen internationalen Aufgaben — zu bilanzieren.

3. Insofern dient das Weißbuch als Kursbestimmung für die weitere Entwick-

lung der Bundeswehr. Politisch sind für mich dabei fünf Aspekte zur Rolle von Streitkräften entscheidend:

● Die neuen sicherheitspolitischen Chancen und Risiken sind nur gemeinsam mit Verbündeten und Partnern zu meistern. Nur so ist der epochale und globale Wandel zu stabilisieren, dessen Ergebnis von niemand vorhergesehen werden kann.

● Deutschland ist unverändert auf multinationale Kooperation im Bündnis und mit den Demokratien Europas angewiesen. Dabei gibt es keine Mitbestimmung ohne Mitverantwortung, ohne Verlässlichkeit und ohne Risikoteilhabe.

● Politische Stabilität setzt heute mehr denn je einen breitangelegten sicherheitspolitischen Ansatz voraus, der politische, wirtschaftliche, soziale und militärische Aspekte bündelt.

● Streitkräfte sind nur eines, aber zugleich auch immer eines der unabdingbaren Instrumente zeitgemäßer Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei steht außer Frage, daß der Einsatz von Streitkräften eine verantwortungsvolle Abwägung seiner Folgen erfordert, aber auch der möglichen Folgen seines Nichtgebrauches.

● Der vorsorgende politische Zweck von Streitkräften kann dazu beitragen, Krisen und Konflikte im Keim zu ersticken oder einer raschen Lösung zuzuführen. Die sich im ehemaligen Jugoslawien abzeichnende Entwicklung ist hier ein ermutigendes Zeichen.

4. Die Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird das Weißbuch 1994 zum Anlaß nehmen

men, die politischen Voraussetzungen für die notwendige Fortentwicklung der Bundeswehr zu schaffen. Kernziel ist dabei, mit politischen Leitlinien ein ausgewogenes Konzept zu bilden aus

- Auftrag, d. h. Landesverteidigung im Bündnis und Teilhabe an multinational abgestimmter Bündnisverteidigung und internationaler Krisenbewältigung
- Personalumfang und Mitteln, d. h. auftragsgerechte Einsatzbereitschaftsstufen, Friedenspräsenz, Ausbildung und Ausrüstung
- Haushaltsrahmen, d. h. planungsrechtliche Finanzgrundlagen.

Insgesamt geht es darum, den sicherheitspolitischen Gesamtwert von 370.000 Soldaten militärpolitisch zu erhalten und — ausgehend von diesem Planungsrahmen — den Mittelansatz dafür auftragsgerecht zu rationalisieren.

5. Der SPD-Opposition klingeln alle Ohren. Sie wird nun noch mehr gezwun-

gen, Farbe zu bekennen und ihren sicherheitspolitischen Nebelvorhang zu öffnen. Der Spagat zwischen Herrn Scharping, Herrn Klose und Frau Wiczorek-Zeul beginnt langsam zu schmerzen.

Die SPD muß von ihrem sicherheitspolitischen Kopfstand zurück auf die Füße. Ihre Zahlenlotterie — wer bietet weniger — zum Personalumfang der Streitkräfte offenbart sicherheitspolitische Konzeptlosigkeit. Ihr Reduzierungsziel auf 300.000 Soldaten bis 1996 dient kurzfristigem Populismus und ist für das wichtige Politikfeld „Äußere Sicherheit“ mittelfristig lebensgefährlich. Die SPD verkennt damit das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung in dieser unklaren sicherheitspolitischen Lage, richtet mit diesem verfehlten Signal nach außen international politischen Schaden an und schwächt nach innen den Stellenwert unserer Streitkräfte und die Motivation unserer Streitkräfte. Die SPD ist keinesfalls regierungsfähig, vor allem beim Gedanken an Rot-Grün.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu verbessern. Zahlreiche Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zielen hierauf ab.

Ein Beispiel:

Veranstaltung Nr. 114

Wege aus der Strukturkrise — Erneuerung und Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Eichholzer Forum

26. bis 28. Mai 1994

Hauptthemen:

- Weltwirtschaft im Umbruch: Der Wandel der globalen Rahmenbedingungen

- Die Stellung des wieder vereinten Deutschlands im Europäischen Binnenmarkt und in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen
- Euregio — Grenzüberschreitende Kooperation als Konzept für die Bewältigung regionaler Probleme
- Erneuerung und Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland (vorgesehen sind Erörterungen in verschiedenen Arbeitskreisen)

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Schloß
Eichholz, Postfach 1331
50387 Wesseling**

CDU an der Seite der Spätaussiedler

Aussiedler sind ein Gewinn für unser Land!

In den Jahren von 1988 bis 1993 kamen viele deutsche Aussiedler aus dem Osten und Südosten Europas in die Bundesrepublik Deutschland, um hier ein neues Leben zu beginnen. Im Jahre 1994 wird der zweimillionste deutsche Aussiedler seit 1982 erwartet. Spätaussiedler sind ein Gewinn für unsere Gesellschaft und unser Land.

Angehörige der deutschen Minderheit in Osteuropa haben ein schweres Schicksal erlitten und harte Entbehrungen auf sich nehmen müssen und vielfaches persönliches Leid erfahren. Deutschstämmige wurden deportiert, Familien auseinandergerissen und zu schweren Zwangsarbeiten eingesetzt. Die Pflege ihrer Traditionen und ihrer deutschen Muttersprache ist ihnen jahrzehntelang äußerst erschwert worden. Deutschstämmige haben unter schwerer Unterdrückung gelitten und sowohl schulische als auch berufliche Nachteile erfahren müssen, weil sie Deutsche waren. Gleiche Lebenschancen wie ihren einheimischen Landsleuten blieben ihnen verwehrt.

Vor diesem historischen Hintergrund hat die CDU Deutschlands immer die besondere Verantwortung für die deutschstämmigen Minderheiten in Osteuropa betont. Die CDU hat sich stets als Anwalt der Vertriebenen und der deutschen Minderheiten in Mittel-, Südost- und Osteuropa verstanden. Die besondere Verantwortung für die rd. 4 Mio. Deutschen in Osteuropa sieht die Union als selbstverständlich an.

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Öffnung Osteuropas konnten viele Deutschstämmige ausreisen. Im Zuge dieses historischen

Umbruchs gingen die Zahlen der Spätaussiedler in den Jahren 1988 bis 1990 sprunghaft in die Höhe. Während 1986 42.700 Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland kamen, entschlossen sich 1989 bereits 377.055 und 1990 397.073 zu Übersiedlung. In den letzten drei Jahren pendelte sich der Zuzug bei rd. 220.000 pro Jahr ein, so daß das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz vom 1. Januar 1993 mit einer gesetzlich garantierten Aufnahme von rd. 225.000 Aussiedlern pro Jahr den tatsächlichen Zugangszahlen entspricht. Das Ziel der Aussiedlerpolitik der Union bleibt auch weiterhin, den Deutschen die freie Entscheidung zwischen Bleiben und

**Von Horst Waffenschmidt,
Aussiedlerbeauftragter der
Bundesregierung und Parla-
mentarischer Staatssekretär
beim Bundesministerium des
Innern**

Aussiedeln zu ermöglichen. Weitere 200.000 Deutsche im Osten Europas haben zwar einen Aufnahmebescheid für die Bundesrepublik Deutschland erhalten, bleiben aber gleichwohl in ihrer heutigen Heimat und warten die weitere Entwicklung ab. Durch die geschickte und beharrliche Außenpolitik der CDU-geführten Bundesregierung ist es in den letzten Jahren gelungen, den deutschen Minderheiten in Osteuropa Lebens- und Zukunftsperspektiven zu bieten.

Nach Jahrzehnten der kommunistischen Unterdrückung werden nun Minderheitsrechte für Deutschstämmige eingeräumt.

Der Reformprozeß in den ehemaligen Ostblockstaaten kommt auch den deutschen Minderheiten zugute. Zum Beispiel: Schon zweimal zogen Deutsche in das freigewählte polnische Parlament ein und in Westsibirien existieren zwei deutsche Selbstverwaltungskreise. Die Bundesregierung hilft den deutschen Minderheiten auf vielfältige Weise.

Auch weiterhin Starthilfen

Allen Deutschen, die sich aber nach gründlicher Überlegung entschließen, in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln, sollen weiterhin Starthilfen erhalten. Auch im Jahre 1994 werden trotz schwieriger Haushaltslage rd. 4 Mrd. DM auf Bundesebene an Integrationshilfen für Spätaussiedler zur Verfügung gestellt. Erstaufnahme, Sprachkurse, berufliche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen und Eingliederungsprogramme: Alle diese Maßnahmen wurden und werden deutschen Aussiedlern zuteil, die sich entschließen, nach Deutschland zu kommen.

Die CDU hat die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung flankierend unterstützt. Nachdem die Bundesregierung einen Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung im Jahre 1988 ernannte, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Frühjahr 1989 eine Aussiedlerbeauftragte eingesetzt. Die Berufung einer Aussiedlerbeauftragten setzte einerseits den Aussiedlern ein Zeichen von seiten des Parlaments und gab ihnen andererseits einen weiteren Ansprechpartner, der sich für ihre Anliegen verwendet. Die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Gerda Dempwolf**, hat in der CDU eine Vielzahl von Aktivitäten initiiert. So benannten alle Landtagsfraktionen der Union Aussiedlerbeauftragte; fast flächendeckend haben die Kreisverbände Aussiedlerbeauftragte berufen.

Diese arbeiten mit den Parlamentariern in den Landtagen, Kreistagen und Gemeinderäten aktiv für die Integration von Aussiedlern in der Bundesrepublik Deutschland. In vorbildlicher Weise kümmern sich Aussiedlerbeauftragte ehrenamtlich um Aussiedlerfamilien, indem sie mit ihnen gemeinsam Behördengänge erledigen und Kontakte zu Unternehmen und Betrieben knüpfen.

Auch die Vereinigungen der CDU gehen auf die neuen Bundesbürger zu. So wurden in vielen Kreisverbänden Zielgruppenveranstaltungen mit Aussiedlern durchgeführt, die in Seminarform über die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, über unser Sozialsystem und zu weiteren wichtigen Themen informieren. Durch diese Vielzahl von Aktivitäten beweist die CDU ihre Solidarität mit den Spätaussiedlern!

Günstige Altersstruktur

Aussiedler sind ein Gewinn für unser Land. Aussiedler, die überwiegend mit jungen Familien mit Kindern in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, tragen zu einer ausgeglichenen Bevölkerungsstruktur bei. Ihre günstige Altersstruktur trägt dazu bei, daß unser soziales System sicher bleibt. Ihre speziellen handwerklichen Fähigkeiten helfen. Die Traditionen und das Brauchtum der Spätaussiedler bereichern unsere Kultur!

Personale

Die Richterin am Bundessozialgericht Renate Jäger ist am 18. März vom Bundesrat einstimmig zur Richterin im Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe gewählt worden. Sie folgt damit Professor Dr. Thomas Dieterich im Amt nach, der vor kurzem zum Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts in Kassel ernannt wurde.

Mailboxen: Geschwindigkeit ist mit PLENUM keine Hexerei mehr

Eine der vielen Telefonleitungen, die auf dem 5. Parteitag der CDU in Hamburg genutzt wurden, war fast dauernd belegt. Allerdings wurde an beiden Enden kein Wort gesprochen, und dennoch fand eine lebhaftere Kommunikation statt.

Des Rätsels Lösung: Der CDU-Kreisverband Reutlingen präsentierte den Parteitagsdelegierten sein Mailbox-Projekt PLENUM, das seit Mitte letzten Jahres in der deutschen Mailbox-Szene für Gesprächsstoff sorgt. PLENUM ist die erste und einzige Mailbox der CDU in der Bundesrepublik.

Das System ist sehr einfach und dem Datex-J (früher BTX) der Telekom ähnlich. Ob Datex-J oder Mailbox, beide Systeme verlangen die gleichen technischen Voraussetzungen: Computer, Modem und Telefon. Der Unterschied liegt im Angebot. Während Datex-J fast ausschließlich kommerziell orientiert ist, findet man in Mailboxen kaum Werbung. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf aktuellen Informationen zu den verschiedensten Themenbereichen und auf der Kommunikation der Mailbox-Nutzer untereinander. Kein Wunder also, daß sich vor allem junge Menschen immer mehr für dieses interaktive Kommunikationsmedium begeistern.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegung hat der CDU-Kreisverband Reutlingen seine Mailbox PLENUM aufgebaut. Anfangs war es ein Experiment. Inzwischen ist es die vielgefragte Mailbox, von der man weiß, daß hier die neuesten Informationen der CDU zu finden sind. Die Rede des Bundeskanzlers auf dem Hamburger Parteitag konnte schon nach

wenigen Stunden im vollen Wortlaut in der PLENUM gelesen werden. Nicht nur Parteifreunde haben sich am selben Abend noch diese Rede per Datenfernübertragung in ihren eigenen Computern geholt, um sie in Ruhe nachlesen zu können. Die Schnelligkeit der Information ist Trumpf in den Mailboxen. Auch Generalsekretär Peter Hintze sah auf dem Parteitagsstand der PLENUM seine zwei Stunden zuvor gehaltene Rede ebenfalls bereits im PLENUM-Computer.

Im 24-Stunden-Betrieb hat die PLENUM inzwischen über 8 Stunden Auslastungszeit erreicht, weshalb die Reutlinger CDU technisch aufrüsten mußte. Inzwischen kann man die Mailbox über drei Telefonleitungen (Tel.-Nr. 071 21/3 299 15 und Tel.-Nr. 071 21/93 14 67 sowie eine schnelle ISDN-Leitung, Tel.-Nr.: 071 21/93 14 66 X75T) erreichen.

Trotz dieser hohen Auslastung, die innerhalb weniger Monate erreicht worden ist, ohne auch nur eine Mark in Werbung zu investieren, wird PLENUM ehrenamtlich betrieben. Die Datenübertragungsvorgänge sind weitestgehend automatisiert. Täglich kommen die neuesten Nachrichten an und werden vollautomatisch in die verschiedenen Themenbretter einsortiert. Die Nachrichten und Pressemitteilungen der CDU-Bundespartei z. B. können i. d. R. schon gelesen werden, bevor die Zeitungen sie gedruckt haben. Und man hat den vollen Wortlaut!

Was den PLENUM-Verantwortlichen von Anfang an wichtig erschien, war der Meinungsaustausch mit den Nutzern der

Mailbox. Die Nachrichten der CDU sollen nicht nur gelesen, es soll auch darüber diskutiert werden. Jeder der dies will, kann in der PLENUM zu jedem Thema Stellung nehmen. Öffentlich, so daß auch andere PLENUM-Teilnehmer antworten können, oder auch ganz privat, direkt an uns in der CDU. In der PLE-

Über das Mailbox-Projekt PLENUM des CDU-Kreis- verbands Reutlingen

NUM erreicht man so nicht nur den CDU-Kreisverband Reutlingen. Eine ganze Reihe von Bundes- und Landtagsabgeordneten machen in der Reutlinger Mailbox inzwischen mit und sind über sie direkt erreichbar. Eine kleine Auswahl, mit wem man über PLENUM Verbindung aufnehmen kann:

- Generalsekretär Peter Hintze
- Ministerpräsident Erwin Teufel
- Anton Pfeifer, Staatsminister beim Bundeskanzler
- Hermann Schaufler, Verkehrsminister von Baden-Württemberg
- Günther Oettinger, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
- Klaus Bregger, Bundesvorsitzender Mittelstandsvereinigung
- Honor Funk, Europaabgeordneter
- Claus-Peter Grotz, MdB „Junge Gruppe“
- Dr. P.-S. Mauz, MdL Baden-Württemberg

Darüber hinaus kann mit einem kleinen Umweg über die Bundesgeschäftsstelle an jeden Bundestagsabgeordneten der CDU über die Mailbox geschrieben werden. Dieser Service wird mehr und mehr genutzt. Selbst die Medien, denen PLENUM auch immer öfter auffällt, nutzen

diese Möglichkeit inzwischen. Momentan wird dabei zwar eher noch die Geschwindigkeit getestet, mit der unsere Mandatsträger auf Mitteilungen über dieses schnelle Medium reagieren. Aber genau dies ist auch im Sinne der Verantwortlichen. Sie wollen beweisen, daß die viel beschriebene Ferne der Politiker von allem und jedem spätestens seit PLENUM Lügen gestraft wird.

Auch für parteiinterne Informationen, die jetzt in Wahlkampfzeiten mit keiner anderen Art der Übertragung schneller verteilt werden könnten, ist die PLENUM ideal. Zwar gibt es nach wie vor das Fax-Gerät. Aber am Beispiel der Rede von Helmut Kohl in Hamburg zeigt sich der Unterschied: Eine Rede von über zwanzig Seiten Länge braucht auch über Fax seine Zeit. Mit der Mailbox dauert das Sekunden, und die Rede kann sofort im Computer weiterbearbeitet werden. Wichtige Stellen können deutlich hervorgehoben, auf CDU-Papier sauber ausgedruckt werden. Viele Möglichkeiten sind denkbar.

Täglich werden es mehr

PLENUM ist den Kinderschuhen in Windeseile entwachsen. Ca. 1 Million potentielle Nutzer in Deutschland können jetzt schon erreicht werden, und täglich werden es mehr.

Amerika, dessen Präsident und Vizepräsident eigene Mitarbeiterstäbe zur Beantwortung der Mailbox-Post haben (die beiden könnte man z. B. auch über PLENUM anschreiben), läßt auch hier grüßen. Kein Wunder, daß die Verantwortlichen im Reutlinger CDU-Kreisverband, Kreisgeschäftsführer Patric Paris und der Reutlinger Stadtverbandsvorsitzende Klaus-Peter Barthold, sich mehr Kreisverbände der CDU wünschen, die eine solche Mailbox einrichten. ■

Christoph Bergner führt Landesliste an

Der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Christoph Bergner wurde auf der Landesvertreterversammlung der CDU Sachsen-Anhalt zum Spitzenkandidaten für die am 26. Juni anstehenden Landtagswahlen gewählt.

Auf Platz 2 wählten die 100 Vertreter in der Nähe von Köthen den aus der Börde stammenden Bauminister und CDU-Landesvorsitzenden Karl Heinz Daehre. Auf den weiteren Plätzen der Landesliste für die Landtagswahlen folgen die Landwirt-



Karl-Heinz Daehre



Christoph Bergner

schaftsministerin Petra Wernicke, der CDU-Fraktionsvorsitzende Jürgen Scharf aus Magdeburg und der Landtagspräsident Klaus Kleitel aus Halle sowie der Justiz- und Innenminister Walter Remmers. Auch Kultusminister Reiner Schomburg, Finanzminister Joachim Kupfer sowie Arbeits- und Sozialminister Wolfgang Böhmer erhielten aussichtsreiche Listenplätze.

Der europapolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Horst Schnellhardt führt die Landesliste für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 12. Juni an. Die drei Bundestagsabgeordneten Manfred Lischewski, Hartmut Büttner und Clemens Schwalbe wurden ebenfalls wieder für den Deutschen Bundestag nominiert. Gefolgt von Hartmut Perschau, Ulrich Petzold, Monika Brudlewsky, Reiner Kriziskewitz und der Landesvorsitzenden der Frauen-Union, Sabine Klenke.

● Helmut Kohl: Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden

Die Reden Helmut Kohls als CDU-Vorsitzenden sind keine verstreuten Regierungserklärungen wie bei manchen seiner Vorgänger, sondern christlich demokratische Ortsbestimmungen, die wichtige Stationen der Entwicklung der CDU markieren.

So enthält dieses Buch so wichtige Stationen wie z. B. die Rede vor dem 21. Bundesparteitag der CDU 1973 in Bonn, auf dem H. Kohl mit 86,6 Prozent zum Vorsitzenden der CDU gewählt wurde. Für eine weitere wichtige Station steht die Rede vor dem 31. BPT 1983 in Köln, dem ersten BPT nach der CDU/CSU am 6. März 1983 mit 48,6 Prozent gewählt wurde. 15 Jahre Opposition waren beendet. Abermals 10 Jahre später im Rahmen der Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland spricht H. Kohl auf dem Bildungspolitischen Kongreß 1993 in Wiesbaden.

Diese Zusammenstellung dokumentiert die Leistung Helmut Kohls als Parteivorsitzenden und Erneuerers der Partei über zwei Jahrzehnte hinweg und zeigt zugleich, welche Anziehungskraft und Wirkung von seinen Reden ausgeht.

Wir freuen uns deshalb, Ihnen dieses Buch, das auch ein Stück Geschichte der CDU darstellt, zum Sonderpreis von DM 34, — zzgl. MwSt. und Versand anbieten zu können.

Bestellungen bitte ausschließlich mit dem abgebildeten Sonder-Bestellschein.

Bestellschein

- Der Kurs der **CDU**

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

--	--	--	--

Kreisverbands-Nr.

.....
CDU-Verband

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
Plz., Ort

Helmut Kohl

Der Kurs der CDU

Reden und Beiträge
des Bundesvorsitzenden

Herausgegeben von
Peter Hintze und Gerd Langguth



DVA

Telefax: 0228 / 544-372

Ja, ich bestelle:

..... Expl
(Mindestbestellmenge 5 Expl.)

"Helmut Kohl, Der Kurs der CDU"

Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden von 1973 - 1993
zum Preis von DM 34,- /je Expl. zzgl. MwSt. und Versand

.....
Datum,

.....
Unterschrift

Auch diesmal wieder Fußball-WM-Kalender

In bewährter Form, handlich und praktisch, möchten wir Ihnen auch bei dieser Fußball-Weltmeisterschaft einen Kalender als Verteilmittel in den kommenden Wahlkämpfen zur Verfügung stellen. Er ist ein nützlicher WM-Begleiter für jeden Fußball-Fan. Er enthält alle Spielpaarungen, Termine und Fernsehzeiten. Die einzelnen Spielergebnisse können Fußballfans selber in Tabellen eintragen.

Damit Sie in Ihrem Verband den Fußball-WM-Kalender optimal verteilen können, hier einige Vorschläge:

● **Gemeinsamer Fernsehabend**

Fußball im Fernsehen ist mit mehreren Personen wesentlich interessanter. Laden Sie Ihre Nachbarn zum Fußballspiel ein und verteilen Sie den Fußball-WM-Kalender. Nach dem Spiel darf die Politik nicht zu kurz kommen.

● **CDU-Fußballfest**

Auf dem Marktplatz werden die wichtigsten Spiele auf einer großen Leinwand übertragen. Vorher eine Polit-Talkshow mit verschiedenen Politikern. Info-Stand und Versorgung mit Getränken dürfen nicht fehlen.

● **CDU aktiv in Sportvereinen**

Der Fußball-WM-Kalender sollte in Turnhallen, Tenniszentren und

Sportplätzen ausgelegt werden, in denen sich tagsüber und abends viele Sportler aufhalten. Die CDU-Ortsverbände sollten ihren Fußballvereinen genügend Kalender zur Verfügung stellen und beim Verkauf

Aktionen zur Fußball-Weltmeisterschaft vom 17. Juni bis 17. Juli

einer Eintrittskarte jedem Fußballfan einen Kalender aushändigen.

● **Canvassing vor Fußballstadien**

Der Fußball-WM-Kalender sollte bei großen Spielen vor den Fußballstadien (Bundesliga oder Amateurliga) verteilt werden.

● **CDU-Fußballturnier**

Der CDU-Ortsverband veranstaltet selbst ein Fußballturnier mit Mannschaften aus verschiedenen Vereinen des Ortes. Als Gastgeschenk wird ein CDU-Lederfußball überreicht.

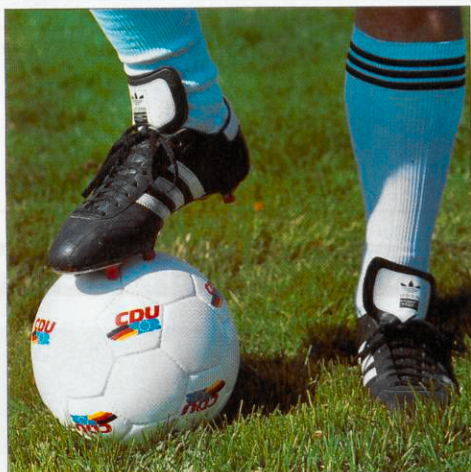
● **CDU-Torwandschießen**

Bei einem CDU-Sommerfest oder anderen Canvassingveranstaltungen sollte ein Torwandschießen mit einem CDU-Lederfußball angeboten werden.

Fußball-Weltmeisterschaft
USA · 17. Juni bis 17. Juli 1994



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU



● **Lederfußball**

Bestell-Nr.: **9614**

Verpackungseinheit: 1 Ball

Preis je Ball: 25,80 DM

● **WM-Kalender**

Bestell-Nr.: **2764**

Verpackungseinheit: 500 Expl.

Preis je 500 Expl.: 35, — DM

● **CDU-Fanschal**

Fußball-WM 94. Natürlich mit dem Fanschal der CDU in den Nationalfarben (Schwarz-Rot-Gold). Doch auch bei anderen nationalen Sportereignissen sollte dieser Schal immer dabei sein. Zeigen Sie Flagge für ein starkes Deutschland in einem starken Europa.

Bestell-Nr.: **9362**

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 47,25 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Neu in unserem Angebot: Euro-Bleistift



Verteilen Sie diesen Bleistift zusammen mit dem CDU-WM-Kalender, dann können Sie vor dem Spiel Ihren Tip eintragen und nach dem Spiel den Tip ggf. ausradieren und durch das Spiel-Ergebnis ersetzen.

Bestell-Nr.: **9588**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 26, — DM

Bestellungen
an:

IS-Versand-
zentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax
(054 23) 4 15 21

Preise
zuzüglich
MwSt.
inklusive
Versand

UiD

10/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119, Vertrieb:
Tel. (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich,
(BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504
(BLZ 37010050), Abonnementpreis jährlich 52, — DM,
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.